

(Abgeordneter Sindermann.)

(A) march, hätte er im Jahre 1870 geahnt, was für ein Steuerverbrauch sich in Deutschland notwendig machte, dafür eingetreten wäre, daß direkte Steuern dem Reiche zur Verfügung gestellt werden.

Woher wollen Sie denn noch mehr indirekte Steuern holen? Wir Sozialdemokraten haben stets die indirekten Steuern bekämpft. Wir haben auch in den letzten Jahrzehnten gesehen, daß in Deutschland die Industrien durch die indirekten Steuern auf das häufigste beunruhigt worden sind. Wir treten, indem wir für direkte Reichssteuern gegen indirekte eintreten, auch für den Schutz der wirtschaftlich Schwachen, für den Schutz der Arbeiter und des Mittelstandes in allererster Linie ein. Wenn dann der Herr Finanzminister noch ein Stück weiterging und betonte, daß die bürgerlichen Parteien gerade wegen der Stellungnahme der Sozialdemokratie zu den Reichssteuern gewissermaßen sich in Zukunft in acht nehmen sollten, diesen Weg weiter zu beschreiten, so möchte ich nur betonen, daß sich heute im Reichsetat über 3 Milliarden breitmachen, daß beinahe 2 Milliarden aufgebracht werden müssen für das Herr, für die Marine und für die Kolonien. Wie wollen Sie denn in Zukunft durch indirekte Steuern derartig hochgesteigerte Ausgaben überhaupt wettmachen? Da

(B) müßten Sie ja die Luft noch besteuern und das Wasser. Es ist selbstverständlich, daß gegenüber dem Auslande bei uns die höchsten Zölle und Steuern existieren. Und wenn darauf hingewiesen worden ist, daß gerade zur Zeit von Caprivi die Getreidepreise am niedrigsten waren, im Gegensatz dazu aber es der arbeitenden Bevölkerung ganz schlecht ging, und ausgeführt wurde, daß in England die Lebensmittel eine steigende Tendenz bezüglich des Preises einnehmen, so beweist das gar nichts gegenüber der Tatsache, daß durch Zölle und indirekte Steuern die Lebensmittel in Deutschland ganz außerordentlich belastet werden. Wie käme das Reich zu der Einnahme durch die Zölle, wenn nicht das Getreide selbst belastet würde? Wie kämen diejenigen, die den Vorteil von den Einfuhrscheinen haben und dadurch ein ganz gutes Geschäft machen, dazu, wenn nicht zu gleicher Zeit das Brot verteuert würde?

Der Herr Finanzminister wird zugeben müssen, daß, wenn er nach der Schloßstraße geht und sich eine Zigarre kauft, die einen Wert von 10 Pf. hat, und er sieht, daß eine Steuer daraufgelegt ist in Gestalt von 2 oder 3 Pf., er sie selbstverständlich teurer bezahlen muß. So ist es bei Brot, Getreide und bei allen Lebensmitteln. Es ist deshalb ganz selbstverständlich, daß,

wenn nach Meinung des Herrn Finanzministers die ganze Steuergebarung, die in Zukunft von Reichs wegen eingeschlagen werden soll, sich mit der Verfassung in Widerspruch setzt, daß die Verfassung dann eben geändert werden muß.

Ich betone noch einmal: Hätte man so hohe Ausgaben vorausgeahnt, dann würde man sich nicht nur mit den indirekten Abgaben, die früher in den Einzelstaaten bestanden und auf das Reich übertragen wurden, begnügt haben, sondern man hätte dem Reiche von Anfang an direkte Reichssteuern zur Verfügung stellen müssen. Es wird mit dem besten Willen, den der Herr Finanzminister hat, in Zukunft im Bundesrate darauf hinzuwirken, daß nur die indirekten Steuern dem Reiche zur Verfügung gestellt werden, sich nicht mehr ermöglichen lassen, auf diesem Gebiete Steuerquellen zu finden, sondern man wird auf dem Wege, den die Sozialdemokratie von jeher gegangen ist und der im vorigen Jahre zu greifbaren Erfolgen geführt hat, weitererschreiten müssen.

Wenn noch betont wird, die Sozialdemokratie habe gerade ein großes Interesse daran, das als einen Erfolg ihrerseits zu buchen, so können wir doch, meine Herren, machen, was wir wollen, Sie werden uns stets sagen, wir haben nicht recht gehandelt. Hätten wir gegen den Wehrbeitrag, gegen die Reichsvermögenszuwachssteuer gestimmt, so würden Sie ebenfalls gesagt haben, wir hätten nicht recht gehandelt. Auch manchem aus der Mitte des Hauses wäre es lieb gewesen, wenn die Reichstagsfraktion beschlossen hätte, gegen die Vermögenszuwachssteuer zu stimmen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Denn es waren von Ihrer Seite eine ganze Reihe Parlamentarier schon bereit dazu, ebenfalls diesen Weg zu gehen, um die neueste Reichsfinanzreform zu zertrümmern, genau so wie die Konservativen im Jahre 1909 bei der großen Reichsfinanzreform gehandelt haben.

Im Jahre 1906 hat der Herr Abgeordnete Paasche im Reichstage die Erklärung abgegeben, daß Sie niemals für die Erbanfallsteuer eintreten würden, derselbe Herr Abgeordnete Paasche, der jetzt Vizepräsident im Reichstage ist. Ich mußte vorhin, als der Herr Abgeordnete Dr. Seyfert davon sprach, daß man dem Kaiser nicht genug danken könne, daran denken, er sollte lieber dafür danken, daß er das Reichstagspräsidium bei seinem Geburtstage in der Ecke stehen ließ.

(Weiterkeit.)